

ANTRAG RM WARENSKI: Beratung zum Komitee – Bericht zur Evaluierung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer

Entwicklung eines Fragebogens zu den Maßnahmen des 2013 erstellten Evaluierungsberichtes. Positionierung der Gemeinde Spiekeroog, Herausgabe einer PM durch die Gemeinde Spiekeroog

Datum: 01.02.2019

Sitzung: Umweltausschuß am 20.02.2019

Weitere Dokumente:

- Nationalparkkompromiss
- Arbeitsprogramm OFI NPV
- Diverse Presseberichte
- Evaluierungsbericht 2013
- Fragenkatalog RM Warenski

SACHVERHALT

Bereits im Januar 2017 hatte ich beantragt auf eine Pressemitteilung des NABU als Gemeinde zu reagieren. In der Pressemitteilung fordern NABU und andere Naturschutzverbände weitere Restriktionen im Bereich des Nationalparks Wattenmeer umzusetzen. Insbesondere die Punkte 2, 4 und 7 der PM (Beschlussvorlage 01/120/2016) berühren die Rechte der ortsansässigen Bevölkerung und damit die Lebensgrundlage der Gemeinde.

Der Rat möge die genannten Punkte Befahrensregelung im Wattenmeer, Ausbaggerung der Fahrerinnen zu den Inselhäfen und die Forderung zur Einführung eines Naturbeitrages analog zum Kurbeitrag diskutieren und gemeinsam mit den anderen Gemeinden im Nationalpark entschieden diesen Forderungen entgegnetreten. Leider wurde zwar diskutiert, der RAT konnte sich aber zu keiner PM durchbringen.

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vom 26.01.2017

Bürgermeister Piszczan ist der Auffassung, dass die Pressemitteilung die Maßnahmen beinhaltet, die beim jährlichen insularen Erfahrungsaustausch schon eingehend beraten wurden, wie die Erreichbarkeit der Inseln durch die Unterhaltung des Fahrwassers. Alle sieben Inseln wollen beim Land vorstellig werden. Die Stellungnahme hierzu werde von hier in Abstimmung mit den anderen Inseln erstellt.

Auch das Ausbaggern, Sedimentmanagement, war dort schon Thema. Beisitzerin Fock sieht die Pressemitteilung konstruktiv, da schließlich alle hier von der „Grünen Insel“, vom Naturschutz, leben. Natürlich schade das Ausbaggern der Natur, so RM Weibels, die Erreichbarkeit der Insel müsse jedoch gewährleistet sein. Naturschutz ja, aber mit Augenmaß.

Bürgermeister Piszczan erläutert, dass es vor Jahren eine Festlegung der Standardtiefen für alle Inseln gab, die jedoch mit der Zeit versandet wären. Daher müsse in die Diskussion auch der Hafenzweckverband miteinbezogen werden, um diese Standards wieder zu erreichen. RM Andreesen vertritt die Auffassung, dass Spiekeroog auf den Fahrtiefen bestehen solle.

Die Ausschussvorsitzende fasst das Ergebnis kurz zusammen: - Die Pressemitteilung bleibt unbeantwortet.

Der Bürgermeister erarbeitet in Abstimmung mit den anderen Inselgemeinden u. bei Interesse auch mit den Sielgemeinden eine Stellungnahme gegenüber dem Land.

Beschluss des Rates am 26.01.2017

RM Warenski sieht in dem NABU-Schreiben u.a. die Gefahr, dass auf Spiekeroog das Kiten verboten, die Verklappung reduziert und analog zum Kurbeitrag, ein Naturbeitrag eingefordert wird. Er spricht sich daher für eine gemeinschaftliche Pressemitteilung aus.

RV Redelfs berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss, der dem NABU-Schreiben keine größere Bedeutung entnimmt und daher keine Notwendigkeit zu einer Stellungnahme sieht.

Für RM Klasing sind etliche Punkte des NABU nachvollziehbar. Die Kommune kann Vieles verhindern, wenn die Themen im Entwurfsstadium sind. Er spricht sich daher eher dafür aus, die potentiell ausarbeitenden Stellen zu kontaktieren.

BM Piszczan bestätigt diese Vermutung. Bei gravierenden Änderungen wird die Gemeinde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens vorab durch den Nds. Städte- und Gemeindebund gehört werden.

RV Redelfs gibt zu Bedenken, dass viele Institutionen vom Nationalpark-Status profitieren. Das Gremium einigt sich darauf, dass BM Piszczan zukünftig weiterhin sensibel auf eventuelle Änderungen reagieren soll.

Es wurde kein Beschluss gefasst

Wie sich aus der Lektüre des Evaluierungsberichtes 2013 herausstellt, hat der NABU in seiner PM die Maßnahmen aus genau diesem Bericht abgeleitet. Dieser Bericht stellt die Grundlage für das weitere Vorgehen der NPV dar. Daher folgender

Beschlußvorschlag:

- a) Der beigefügte Fragenkatalog von RM Warenski (ggf. in der Sitzung überarbeitete) wird dem MU des Landes NDS zur Stellungnahme durch die Gemeinde offiziell vorgelegt.
- b) Die Gemeinde gibt eine entsprechende Pressemitteilung hinaus